

Studiengebühren – nicht mit uns!

GEW unterstützt Aktionen für ein gebührenfreies Studium

Seit Januar 2005 ist es den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren für alle Studierenden vom ersten Semester an einzuführen. Sieben Landesregierungen haben seitdem beschlossen, Gebühren zu erheben.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist gegen das Bezahlstudium. Das Studium ist schon heute viel zu teuer: Die Lebenshaltungskosten steigen, die Ausbildungsförderung nach dem BAföG erreicht nur 18 Prozent aller Studierenden. Seit 2003 ist der durchschnittliche Förderbetrag nicht mehr gestiegen. Bereits heute sind zwei Drittel aller Studierenden erwerbstätig.

Gute Gründe für die Gebührenfreiheit

Für die Gebührenfreiheit des Studiums gibt es gute Gründe.

Deutschland braucht deutlich mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker. Tatsächlich sind die Studienanfängerzahlen seit drei Jahren rückläufig. Nur noch 36 Prozent eines Altersjahrganges nehmen ein Studium auf, in anderen Industrieländern sind es im Durchschnitt 40 Prozent, in manchen Ländern sogar 50, 60 oder 70 Prozent.

Die GEW fordert, dass mehr junge Menschen studieren können.

Studiengebühren stellen Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium substanziell in Frage. Sie sind unsozial, da sie ein Studium von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abhängig machen. Bereits jetzt entscheiden soziale Herkunft, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, ob und wie lange ein Mensch studieren kann. Die Einführung von Studiengebühren wird die bestehen-

den Ungleichheiten im Bildungssystem noch verstärken, da sich nicht jeder verschulden kann oder will. Nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks studieren 83 von 100 Kindern aus Akademikerfamilien, aber nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition.

Die GEW fordert die soziale Öffnung der Hochschulen.

Die GEW unterstützt den Kampf gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren und erklärt sich solidarisch mit allen, die gegen die Einführung von Studiengebühren bzw. für ihre Abschaffung eintreten.

Studiengebühren sind Dreh- und Angelpunkt der schrittweisen Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft: Das Studium wird zur Ware, Studierende werden angeblich zu Kunden. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.

Die GEW fordert gute Bildung für alle.

In einer Salamtaktik wurden in den letzten zehn Jahren schrittweise zunächst Langzeitstudiengebühren und Studienkonten, Verwaltungs- und Einschreibgebühren eingeführt. 2007 wurden erstmals allgemeine Gebühren erhoben: Im Sommersemester führten Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen das Bezahlstudium ein, im Wintersemester wurde das Studium in Hessen und im Saarland erstmals gebührenpflichtig – jede Studentin und jeder Student wird zusätzlich zu Verwaltungs- und Einschreibgebühren mit bis zu 800 Euro zur Kasse gebeten.

Bei Studiengebühren wird es womöglich nicht bleiben. Als nächster Schritt könnten Schulgelder für die gymnasiale Oberstufe oder für Nachmittagsangebote in Ganztagschulen eingeführt werden. Im Bereich der vorschulischen und beruflichen Bildung (Fachschulen) haben sich Gebühren schon vorher durchgesetzt.

Diese Entwicklung geht in die falsche Richtung.

Die GEW fordert Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.

„Alles, was Recht ist“ – Gebühren verletzen das Recht auf Bildung

1968 unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt), 1973 ratifizierte sie ihn. Damit hat die Bundesrepublik das Recht auf Bildung völkerrechtlich anerkannt. Sie hat sich auch dazu verpflichtet, das Hochschulstudium „auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit“ allen entsprechend ihrer Fähigkeiten zugänglich zu machen (Artikel 13 Absatz 2 UN-Sozialpakt). Tatsächlich vollzieht sich derzeit in Deutschland ein umgekehrter Prozess: Das über Jahrzehnte gebührenfreie Hochschulstudium wird allmählich entgeltlich gemacht. Die GEW hat daher gemeinsam mit dem studentischen Dachverband fzs dem für die Überwachung des UN-Sozialpakts zuständigen Ausschuss der Vereinten Nationen in Genf einen Bericht vor-



legt, in dem die Verletzung des Pakts durch Einführung von Studiengebühren in Deutschland nachgewiesen wird. Wir ersuchen die Vereinten Nationen, die Bundesrepublik Deutschland für die Verletzung des Rechts auf Bildung zu rügen. Darüber hinaus unterstützt die GEW Studierende, die den Rechtsweg gegen das Bezahlstudium beschreiten. Die von Studierendenvertretungen organisierte Verfassungsklage in Hessen, die Popularklage in Bayern wie auch die musterhaften Einzelklagen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen werden von der GEW aktiv begleitet.

Stell dir vor, es gibt Gebühren und keiner zahlt

Viele Landesverbände der GEW unterstützten auch Aktionen zum Boykott von Studiengebühren als legitimes Mittel kollektiver Interessenvertretung. Das Ziel des Boykotts besteht darin, über die massenhafte organisierte Verweigerung der Zahlung die Aussetzung der Gebührenerhebung zu erzwingen. Die Teilnahme am Boykott ist nicht ohne Risiko. Das Risiko lässt sich minimieren, wenn sich möglichst viele Studierende beteiligen. Durch die Einrichtung eines Treuhandkontos unter notarieller Aufsicht und durch die Quorumsregelung können die Risiken minimiert werden. Verweigert ein Großteil der Studierenden die Zahlung, wird das Geld einbehalten, Verhandlungen werden angestrebt; geht der Boykott schief, da sich nicht genug Studierende daran beteiligen, wird das Geld direkt an die Hochschule weiter überwiesen und niemand erfährt einen Nachteil. Notwendig ist allein eine große Zahl Studierender, die diese Möglichkeit wahrnehmen.

Mehr Studienplätze – BAföG rauf – weg mit den Gebühren GEW fordert Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium

1. Nachfragegerechter Ausbau der Hochschulen

Die GEW fordert Bund und Länder auf, ihren Hochschulpakt um einen „Hochschulpakt II“ zu erweitern, damit ein nachfragegerechter Ausbau der Studienplätze realisiert werden kann.

Wir brauchen bis 2014 neue Studienplätze für zusätzlich 700.000 Studierende. Deutschland braucht in Zukunft nicht etwa weniger, sondern deutlich mehr akademisch qualifizierte Fachkräfte.

Notwendig sind zusätzliche strukturelle, nachhaltige Reformen der Hochschulfinanzierung, die sich an der studentischen Nachfrage nach Studienangeboten orientieren.

Die GEW fordert einen Hochschulfinanzausgleich zu Gunsten von Ländern, die über den eigenen Bedarf hinaus Akademikerinnen und Akademiker ausbilden.

2. Bedarfsgerechte Ausbildungsförderung

Die GEW tritt dafür ein, das BAföG als Instrument zur Durchsetzung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium zu sichern und zu stärken.

Insofern begrüßen wir die vom Bundestag beschlossene Anhebung der BAföG-Bedarfssätze um 10 Prozent und der Elternfreibeträge um 8 Prozent als längst überfälligen Schritt. Da die BAföG-Erhöhung erst zum 1. Oktober 2008 in Kraft treten soll, wird damit aber nicht einmal das Förderniveau des Jahres 2001 wieder erreicht. Die GEW fordert daher eine automatische jährliche Anpassung des BAföG an Einkommens- und Preisentwicklung.

Darüber hinaus fordert die GEW eine strukturelle Verbesserung der Ausbildungsförderung. Um die soziale Durchlässigkeit beim Übergang zu den zur all-

gemeinen Hochschulreife führenden Schulen zu verbessern, muss die Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen (Schüler/innen-BAföG) wieder eingeführt werden. Darüber hinaus fordert die GEW die schrittweise Rückführung des Darlehensanteils im Studierenden-BAföG zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses, damit junge Menschen vom „Studentenberg“ aus nicht mit einem Schuldenberg ins Berufsleben starten müssen. Mittelfristig fordert die GEW die Weiterentwicklung des BAföG zu einem elternunabhängigen Stipendium für alle Studierenden (Studienhonorar). Im Gegenzug sollten die ausbildungsbezogenen Leistungen des Familienlastenausgleichs (Kindergeld und Steuerfreibeträge), die heute Eltern von Studierenden zu gute kommen, in die Ausbildungsförderung integriert und damit direkt allen Studierenden ausbezahlt werden.

3. Aussetzung aller Studiengebühren

Um ein Studium nicht weiter zu verteuern und mögliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung nicht zu konterkarieren, fordert die GEW ein Studiengebühren-Moratorium. Alle Studiengebühren sind unverzüglich auszusetzen, um die soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems nicht weiter zu verschärfen.

Die GEW fordert Bund und Länder auf, im Zuge der Föderalismusreform II die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein bundesgesetzliches Studiengebührenverbot zu schaffen.

4. Studieren muss attraktiver werden

Damit sich mehr junge Menschen für die Hochschule entscheiden, bedarf es schließlich einer größeren Attraktivität des Hochschulstudiums. Eine gute und erfolgreiche Hochschulbildung setzt gute

Studienbedingungen voraus: In überfüllten Hörsälen und mit fehlenden Labor- oder Praktikumsplätzen lässt es sich nicht gut studieren. Die Hochschulen müssen daher besser ausgestattet und das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden muss verbessert werden.

In- und ausländische Studierenden brauchen qualifizierte Beratungsangebote; Studierenden mit Kindern müssen flexible und qualifizierte Betreuungsangebote an den Hochschulstandorten angeboten werden.

Gute Bildung setzt auch gute Arbeitsbedingungen für das an den Hochschulen tätige wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Personal voraus.

Die verschärfte Praxis der Befristung von Arbeitsverträgen, der Trend zur Begründung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und zur Tarifflicht, die Verdichtung von Arbeitsprozessen und die fehlende Planbarkeit von Karrierewegen und Laufbahnen in der Wissenschaft stehen dem entgegen.

Die GEW fordert, den Arbeitsplatz Hochschule für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, insbesondere auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiver zu machen.

Studieren... und mitmachen in der Bildungsgewerkschaft

Die GEW ist eine Gewerkschaft, die zum Mitmachen einlädt.

Sie lebt, wie jede Interessenvertretung, von ihren Mitgliedern, die sie prägen, die ihre Interessen einbringen und durchsetzen wollen. Angefangen bei der eigenen Studiensituation, in den studentischen Gremien und der Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Wer sich aktiv einbringen und uns unterstützen will, ist herzlich zu unseren Veranstaltungen und Aktivitäten eingeladen.

Die studentischen GEW-Mitglieder organisieren sich auf Landesverbandsebene in den Landesausschüssen der Studentinnen und Studenten (LASS) und auf Bundesebene im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS).

Kontakt und Informationen unter:
www.gew.de/Studieren_mit_der_GEW.html
bass-gew@web.de
brigitte.eschenbach@gew.de



Bitte per Fax an 069/78973-102 oder GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt

GEW stärken – ich bin dabei

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

Land/PLZ/Ort _____

Geburtsdatum/Nationalität _____

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis _____ (Monat/Jahr)

Telefon _____ Fax _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen.
Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

E-Mail _____

Berufsbezeichnung/-ziel _____ beschäftigt seit _____ Fachgruppe _____

Name/Ort der Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Tarif/Besoldungsgebiet _____

Tarif/Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____

Bruttoeinkommen € monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst) _____

Betrieb/Dienststelle _____ Träger _____

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle _____ PLZ/Ort _____

Beschäftigungsverhältnis

- Honorarkraft
- angestellt
- beamtet
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent
- in Rente/pensioniert
- Altersteilzeit
- befristet bis _____
- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche
- im Studium
- in Elternzeit
- Referendariat/
- Berufspraktikum
- Sonstiges

Vielen Dank!
Ihre GEW